

130 Milliarden für die Truppe

Wehrbeauftragter kritisiert Mangelwirtschaft – von der Leyen verspricht Geldspritze

Eine weit verbreitete Mangelwirtschaft bei der Bundeswehr hat der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hans-Peter Bartels (SPD), kritisiert. »Fast von allem ist zu wenig da«, sagte Bartels am Dienstag bei der Vorstellung seines ersten Jahresberichts in Berlin. Dies beziehe sich sowohl auf das Personal als auch auf die Materialausstattung. »Die Bundeswehr ist am Limit«, sagte Bartels. »Die Bundeswehr braucht eine materielle Vollausstattung«, verlangte der SPD-Politiker. Dafür müsse dann auch das erforderliche Geld zur Verfügung gestellt werden. Mindestens müssten die Aufwendungen für die Bundeswehr von derzeit 1,16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 1,2 Prozent ansteigen – dann müsse man sehen, ob dies ausreiche. »2016 sollte für die Bundeswehr das Wendejahr werden«, forderte Bartels.

Seiner Forderung wurde noch am selben Tag entsprochen. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will in den nächsten 15 Jahren 130 Milliarden Euro in militärische Ausrüstung investieren. »Diese Verwaltung des Mangels, die muss beendet werden«, hieß es am Dienstag aus ihrem Ministerium. Am Mittwoch will von der Leyen ihre Pläne im Verteidigungsausschuss des Bundestags vorstellen. Im Durchschnitt will sie knapp neun Milliarden Euro pro Jahr in Ausrüstung investieren. Bartels drängte auch darauf, die Inanspruchnahme der Bundeswehr für Fremdaufgaben im Rahmen der Amtshilfe zu verringern. Der SPD-Politiker nannte hier vor allem die Flüchtlingshilfe, die »nicht zum Dauereinsatz« werden dürfe.

»Der neue Wehrbeauftragtenbericht liest sich wie ein Aufrüstungsbericht«, erklärte die Linken-Politikerin Christine Buchholz. Sie warf der Bundesregierung mit Blick auf die wieder wachsende Zahl von Auslandseinsätzen eine »Militarisierung der Außenpolitik auf dem Rücken der Soldaten« vor. Gegen übereilte Forderungen nach mehr Geld und

Personal wandte sich Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter. »Man müsste sich erst mal darauf einigen, was diese Bundeswehr überhaupt erledigen soll für die Bundesrepublik Deutschland«, erklärte er in Berlin. (AFP/dpa/jW)

<http://www.jungewelt.de/2016/01-27/068.php>